

[FREIE WÄHLER Bundesvereinigung · Mühlenstraße 1 · 27777 Ganderkesee](#)

Deutscher Naturschutzring
Marienstr. 19-20
10117 Berlin

Bundesgeschäftsstelle
Arnold Hansen / Karin Benoit

☎ 04222-209 49 25
📠 04222-209 49 23
✉ geschaeftsstelle@freiewaehler.eu

29.04.2019

Wahlprüfsteine Deutscher Naturschutzring

Sehr geehrter Herr Schöne,

anliegend erhalten Sie die Antworten der FREIEN WÄHLER auf die von Ihnen übermittelten Wahlprüfsteine zur Europawahl.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Eike Jan Brandau

Beauftragter für Presse und Öffentlichkeitsarbeit

1. Demokratisierung und Nachhaltigkeit

Die Europäische Union (EU) muss sich schnell und konsequent auf den Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten machen.

- a) Setzen Sie sich dafür ein, dass die Prioritäten der EU konsequent an den UN-Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet werden und die EU verbindliche Maßnahmen beschließt, um die Ziele bis 2030 zu erreichen?**

Wir FREIE WÄHLER wollen die UN-Nachhaltigkeitsziele und das Pariser Klimaschutzabkommen konsequent umsetzen. Hier wollen wir aber nicht stehen bleiben, sondern künftige internationale Vertragswerke engagiert mitgestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Europa in der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik geschlossen die Führungsrolle übernimmt.

- b) Das Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU verhindert progressive Politik. Werden Sie auf die Abschaffung der Einstimmigkeit für fiskalische Aspekte im Rat hinwirken, um die EU handlungsfähiger zu machen?**

Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass mehr Zusammenarbeit bereits mit wenigen willigen Mitgliedstaaten in Europa möglich ist. Wir können nicht immer darauf warten, bis der Letzte überzeugt ist und seine Blockadehaltung für wichtige Reformen aufgibt. Das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit wollen wir deshalb in Zukunft gerade im Bereich der Sicherheitspolitik einsetzen. Selbstverständlich muss jeder Mitgliedstaat die Möglichkeit haben, sich nachträglich anzuschließen. Auch denken wir, dass für manche Politikfelder das Einstimmigkeitsprinzip zugunsten demokratischer Mehrheitsentscheidungen überdacht werden sollte.

- c) Werden Sie sich für die konsequentere Umsetzung der Aarhus-Konvention einsetzen und sich den Versuchen einiger Mitgliedstaaten entgegenstellen, öffentliche Partizipation besonders auch in Umweltfragen einzuschränken?**

Wir FREIE WÄHLER wollen Demokratie und Transparenz auf Europaebene stärken. Wir stehen für eine Politik, die den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort einen spürbaren Mehrwert verschafft. Europapolitik muss sich künftig von unten nach oben entwickeln, nicht umgekehrt. Wir setzen uns deshalb für Volksentscheide zu wichtigen europapolitischen Fragen auf Bundesebene ein. Wir stehen zur Umsetzung der Aarhus-Konvention und fordern deshalb in diesem ein zunächst bundesweites und später europaweites digitales Abstimmungssystem, welches häufigere Bürgerentscheide und Bürgerbefragungen erst möglich macht.

2. Klima und Energie

Mit dem letzten Dürresommer hat die Klimakrise auch im Bewusstsein der Menschen endgültig Europa erreicht: Ernteschäden, Kraftwerke, denen Kühlwasser fehlte, eine Binnenschifffahrt, die auf dem Trockenen lag und Waldbrände waren die Folgen. Was wird Ihre Partei dafür tun, um die internationalen Vereinbarungen des Pariser Klimaschutzabkommens einzuhalten?

- a) Werden Sie die Forderung nach einer treibhausgasneutralen EU bis spätestens 2050 unterstützen und einer entsprechenden nötigen Verschärfung des europäischen Emissionsreduktionsziels auf mindestens 55 Prozent bis 2030 zustimmen?**



Wir FREIE WÄHLER wollen unsere Energiewende in Deutschland zu einem europaweiten Projekt machen. Versorgungssicherheit, Umweltschutz, Wirtschaftlichkeit und dezentrale Lösungen müssen die Eckpfeiler für dieses Vorhaben sein. Eine weitere Förderung von Atom- und Kohlestrom lehnen wir ab.

b) Setzen Sie sich für einen effektiven und sozial gerechten CO₂-Mindestpreis ein?

Wir FREIE WÄHLER wollen die UN-Nachhaltigkeitsziele und das Pariser Klimaschutzabkommen konsequent umsetzen. Wir wollen das Instrument des EU-Emissionshandel weiter stärken und auf dieser Basis das CO₂-Bepreisungssystem global ausrichten. In einem ersten Schritt streben wir eine Übernahme im G20-Rahmen an. Hierfür gilt es, den Emissionshandel durch Ausweitung auf weitere Sektoren zu stärken.

c) Setzen Sie sich im Sinne einer nachhaltigen Verkehrswende für eine Reduktion des Flugverkehrs durch eine europaweite Besteuerung von Flugbenzin und Flugtickets ein?

Wir FREIE WÄHLER vertreten dafür ein, dass der gesamte Flugverkehr zukünftig dem Emissionshandel unterliegen soll. In diesem Zusammenhang ziehen wir auch eine Kerosinsteuer in Erwägung.

3. Ressourcen und Kreislaufwirtschaft

Unser wachsender Ressourcenverbrauch geht mit erheblichen ökologischen Belastungen wie dem Verlust der Artenvielfalt, der Belastung der Gewässer sowie steigenden Treibhausgasemissionen einher. Die EU muss deshalb die Vorreiterinnenrolle für eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft einnehmen.

a) Setzen Sie sich für verbindliche Reduktionsziele für den Rohstoffverbrauch pro Einwohner*in sowie für fiskalpolitische Instrumente ein, z.B. eine Materialinputsteuer, um den absoluten Ressourcenverbrauch in der EU zu senken?

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für ein CO₂-Bepreisungssystem ein. Hierdurch wird auch ein positiver Effekt auf den Ressourcenverbrauch erreicht werden.

b) Setzen Sie sich gemäß der europäischen Abfallhierarchie für eine stärkere Verankerung von Reparierbarkeit und Wiederverwendung in der EU-Ökodesignrichtlinie ein?

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine stärkere Verankerung von Reparierbarkeit und Wiederverwendung ein. Das Kreislaufwirtschaftspaket mit der Abfallrahmenrichtlinie im Zentrum, sowie die Plastikstrategie und die Richtlinie für Einwegplastik haben wichtige Impulse für den Wandel der Abfall- zur Kreislaufwirtschaft gesetzt. Wir begrüßen, dass statt Verbrennung oder gar Deponierung, Wiederverwendung und Recycling zukünftig stärker im Zentrum stehen werden, Verbraucherprodukte und Verpackungen werden somit stärker an diesen Zielen ausgerichtet.

c) Werden Sie sich für die Abschaffung umwelt- und klimaschädlicher Subventionen und für die Einführung von Verursacherabgaben einsetzen?

Wir FREIE WÄHLER hinterfragen staatliche Subventionen fortlaufend. Dabei ist auch der Faktor Umwelt und Klima von besonderer Bedeutung.

4. Landwirtschaft

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss das Instrument sein, das eine nachhaltige, ökologische und sozial gerechte Landwirtschaft in Europa ermöglicht. Nach dem Prinzip „öffentliche Gelder nur für öffentliche Leistungen“ muss sie den Schutz von Natur, Biodiversität, Klima, Boden, Luft, Wasser und Tieren sicherstellen und somit auch dazu beitragen, die Ziele zu erreichen, zu der sich die EU verpflichtet hat.

- a) Setzen Sie sich für eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik ein, die die Leistungen einer bäuerlich ökologischen Landwirtschaft deutlich stärker honoriert, artgerechte Tierhaltung fördert und umweltschädliche Subventionen beendet?**

Die FREIEN WÄHLER setzen sich für nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken ein. Subventionen müssen für alle Betriebe gerecht sein und gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen. Das auf Pauschalzahlungen basierende Finanzierungssystem muss weiterentwickelt werden und Faktoren wie Artenschutz, Tierwohl, Mischkulturen und familiäre Betriebe stärker belohnen.

- b) Unterstützen Sie eine deutliche Senkung des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft und grundlegende Reformen des Systems der Risikobewertung, Zulassung und Kontrolle von Pestiziden?**

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns auf europäischer Ebene für die Verbesserung der Zulassung von sogenannten „Low Risk Pesticides“, sowie für die Umsetzung der „Sustainable Use Directive“ und damit für einen nachhaltigeren Pflanzenschutz ein. Darüber hinaus stehen die FREIEN WÄHLER zu dem wissenschaftsbasierten Zulassungssystem für Pflanzenschutzmittel.

- c) Werden Sie für die Erhaltung des EU-Gentechnikrechts und die Regulierung neuer Gentechnikverfahren sorgen, um Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit zu gewährleisten?**

Wir FREIE WÄHLER sprechen uns für ein agro-gentechnikfreies Deutschland und Europa aus. Patente auf Tiere und Pflanzen lehnen wir ebenso ab wie eine gesetzliche Verpflichtung auf ausschließliche Verwendung patentierten Saatguts.

5. Naturschutz und Biodiversität

In Europa sind fast ein Viertel aller wildlebenden Tierarten gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Lediglich für die Hälfte der zum Schutz gefährdeter Arten und Habitate eingerichteten Natura-2000-Schutzgebiete existieren Bewirtschaftungspläne mit Erhaltungszielen und -maßnahmen. Die EU hat sich verpflichtet, den Biodiversitätsverlust und die Verschlechterung der Ökosysteme und ihrer Leistungen bis 2020 zu stoppen sowie geschädigte Ökosysteme soweit wie möglich wiederherzustellen. Diesen Zielen der EU-Biodiversitätsstrategie wird die EU allerdings nicht erreichen.

- a) Stehen Sie dafür ein, dass die EU mehr Anstrengungen unternimmt, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen und insbesondere der mangelnden Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie in den Mitgliedstaaten zu begegnen?**

Unsere Kulturlandschaften, die wir heute als schützenswert betrachten, sind durch

jahrhundertelange Bewirtschaftung entstanden. Umweltpolitik heißt für uns deshalb, die Lebensgrundlage zu bewahren und gleichzeitig Bewirtschaftung zu ermöglichen. Maßnahmen zum Umwelt- und Artenschutz müssen deshalb auf einem soliden wissenschaftlichen Fundament und Hand in Hand mit den Interessenträgern vor Ort, wie Verbände und Landeigentümer, entwickelt werden. Nur wenn alle Parteien hinter den Maßnahmen stehen, können diese langfristig zu Erfolg führen.

b) Setzen Sie sich für die Erhaltung der Wasserrahmenrichtlinie und deren vollständige Umsetzung in allen Mitgliedstaaten ein?

Die Wasserrahmenrichtlinie ist ein wichtiger Beitrag zum Erhalt gesunder Lebensgrundlagen. Wir wollen sie praxistauglich angewendet wissen, dabei müssen auch die Interessen der Landwirtschaft berücksichtigt werden.

c) Unterstützen Sie eine zweckgebundene Naturschutzfinanzierung in Höhe von 15 Milliarden Euro, um das Schutzgebietsnetz Natura 2000 und weitere biodiversitätssichernde Maßnahmen zu finanzieren?

Wir FREIE WÄHLER unterstützen biodiversitätssichernde Maßnahmen. Der Schutz unserer Natur mit Wäldern, Wiesen und Gewässern sowie der Artenschutz sind eine Bedingung zum Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlage. Zu einer absoluten Finanzierungshöhe im Zusammenhang mit Natura 2000 haben wir uns bisher jedoch nicht parteiintern positioniert.

6. Umwelt und Gesundheit

Die Gefahr von Schadstoffen für die Umwelt und die menschliche Gesundheit ist eine der großen Herausforderungen, die wir dringend in Angriff nehmen müssen. Gefährliche Stoffe in Produkten müssen konsequent nach dem Vorsorgeprinzip reguliert werden und dürfen nicht in den Recyclingkreislauf gelangen. Die an der Wirtschaftskette Beteiligten, inklusive Verbraucher*innen, müssen Zugang zu allen wichtigen Informationen über die verwendeten Materialien bekommen.

a) Setzen Sie sich für eine strikte Beibehaltung des Verursacher- und des Vorsorgeprinzips und einer entsprechend konsequenten Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung REACH ein?

Wir FREIE WÄHLER stehen zur strikten Umsetzung von REACH. Insbesondere bei der Ausgestaltung von internationalen Handelsabkommen dürfen wir nicht hinter unsere hohen Standards zurückfallen.

b) Engagieren Sie sich für eine am Vorsorgeprinzip ausgerichtete Regulierung von hormonschädlichen Stoffen in verbrauchernahen Produkten?

Solange die Risiken beim Einsatz von (Wachstums-)Hormonen in der Landwirtschaft nicht ausgeschlossen werden können, werden wir uns weiterhin gegen deren Einsatz stellen. Gleichwohl brauchen wir aber Innovationen, um eine Lebensmittelknappheit bei einer rasant steigenden Weltbevölkerung zu verhindern. Wir halten es für wichtig, auf diesem Gebiet weiter zu forschen.

c) Setzen Sie sich dafür ein, dass Produkte nur solche Stoffe enthalten, die eine für Mensch und Umwelt gefahrlose Wiederverwendung von Materialien ermöglicht?



Wir FREIE WÄHLER sind eine innovations- und forschungsfreundliche Partei und unterstützen die Materialentwicklung im Sinne der Wiederverwendung. Das deutsche Recyclingsystem muss stetig verbessert werden. Das Kreislaufwirtschaftspaket mit der Abfallrahmenrichtlinie im Zentrum, sowie die Plastikstrategie und die Richtlinie für Einwegplastik haben wichtige Impulse für den Wandel der Abfall- zur Kreislaufwirtschaft gesetzt. Das bedeutet konkret: statt Verbrennung oder gar Deponierung werden Wiederverwendung und Recycling zukünftig stärker im Zentrum stehen, Verbraucherprodukte und Verpackungen werden stärker an diesen Zielen ausgerichtet.